



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband
Herr Martin Flügel, Direktor
Monbijoustrasse 8
Postfach
3001 Bern

Bern, 6. April 2022

Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur: Vernehmlassung; Schreiben Schweizerischer Städteverband SSV, Bern; Antwort

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat der Stadt Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, sich an der Vernehmlassung zur Vorlage eines neuen Gesetzes über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) zu beteiligen.

Der Gemeinderat begrüsst das Bestreben des Bundes, die Nutzung von Mobilitätsdaten und die Vernetzung von Mobilitätsangeboten durch eine staatliche Dateninfrastruktur zu erleichtern. Dies leistet einen unerlässlichen Beitrag für ein effizientes Mobilitätssystem der Schweiz und verspricht positive Effekte für Verkehr, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

Trotz der überwiegenden Vorteile sieht der Gemeinderat bei der Einführung einer Mobilitätsdateninfrastruktur (MODI) auch potenzielle Risiken. So kann die effizientere Nutzung von motorisierten Verkehrsmitteln und der damit verbundene Zeitgewinn deren Attraktivität auf Kosten des langsameren Fussverkehrs erhöhen. Ein anderer Risikofaktor ist die Einflussnahme privater Unternehmen auf die Mobilität einer Gemeinde, wenn die Gemeinde die notwendigen Ressourcen nicht hat oder diese nicht frühzeitig bereitstellt. Um von der MODI maximal zu profitieren, müssen Gemeinden daher rechtzeitig ein Verständnis der neuen vernetzten Mobilitätsdienstleistungsangebote entwickeln und sicherstellen, dass diese mit dem Ziel einer klimaneutralen und flächeneffizienten Mobilität ausgelegt sind.

Im Bericht wird präzisiert, dass die öffentliche Hand im Verwaltungsrat der Mobilitätsdatenanstalt (MDA) vertreten sein wird. Eine Verankerung im Gesetz wird nicht als zwingend beurteilt; jedoch plädiert die Stadt Bern dafür, dass der Schweizerische Städte-

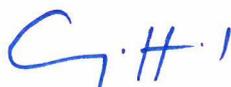
verband im Verwaltungsrat der MDA vertreten sein soll, um die spezifischen Interessen und Bedürfnisse der Städte und des urbanen Raums einbringen zu können.

Auf die Veränderung der Mobilitätsangebote und neuen Erkenntnisse bezüglich der Datenrelevanz soll flexibel reagiert werden können. Aus diesem Grund ist von einer klaren Definition der relevanten Daten auf Bundesgesetzebene abzusehen.

Die Daten sollen grundsätzlich auf freiwilliger Basis über die MODI bereitgestellt werden; es soll keine zusätzlichen Lieferpflichten geben. Die Anreize zur Lieferung der Daten durch den unmittelbaren Nutzen für die Dienstleisterinnen/Datenlieferanten wird als genügend gross erachtet. Falls jedoch wichtige Kerndaten nicht zugänglich gemacht werden, die in Besitz der öffentlichen Hand sind, kann eine Datenlieferpflicht für öffentliche Akteure in Betracht gezogen werden.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Claudia Mannhart
Stadtschreiberin

Beilage:

- Ausgefüllter Fragebogen